

Januar 2020

PM vom 06.01.2020

Deutscher Städtetag: Querverbund muss bleiben

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetags macht in seiner Sitzung am 29.01.2020 deutlich, dass der sogenannte ertragssteuerliche Querverbund für den öffentlichen Personennahverkehr unverzichtbar ist. „Der Querverbund ermöglicht es, verlustbringende Bereiche mit den Gewinnen des Energieversorgers zu verrechnen. Die Stadtwerke in Duisburg beispielsweise subventionieren den defizitären Nahverkehr der Duisburger Verkehrsgesellschaft. Sollten die Verrechnungen gekippt werden, drohen bis zu zehn Jahre rückwirkend millionenschwere Nachzahlungen. Auch wenn aktuell eine Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zurückgezogen wurde und deshalb über diese Frage vorerst nicht entschieden wird, besteht weiterhin die Gefahr, dass weitere Klageverfahren eingeleitet werden. Deshalb fordern wir im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages von Bund und Ländern die derzeitige Praxis beim ertragssteuerlichen Querverbund abzusichern“, so Bürgermeister Kocalar.

PM vom 15.01.2020

Veranstaltung am 03. Februar 2020

100 Tage Nahverkehrsplan - Kritik, Erkenntnisse und Perspektiven

Ende Oktober 2019 trat der neue Nahverkehrsplan in Duisburg in Kraft.

Vom ÖPNV abgeschnittene Stadtteile, weite Wege zu den Haltestellen, mehrfaches Umsteigen und lange Wartezeiten. Seit drei Monaten hält der neue Nahverkehrsplan die Stadt in Atem. Ob Proteste vor dem Rathaus oder Menschenketten im Süden Duisburgs. Kaum ein Thema wird in der Stadt so kontrovers diskutiert und ruft so viel Kritik hervor, wie der neue Nahverkehrsplan.

Wie sehen die Erfahrungen nun 100 Tage nach Einführung des neuen Nahverkehrsplanes aus? Wo gibt es Kritik? Wo muss nachgebessert werden? Und grundsätzlicher: Wie muss ein sozialer und nachhaltiger Nahverkehr für Duisburg überhaupt aussehen.

Diese und weitere Fragen werden wir mit Lothar Ebberts (Pressesprecher PRO BAHN NRW), Thomas Keuer (Geschäftsführer ver.di Duisburg/Niederrhein) und Herbert Fürmann (Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr) am **Montag, den 03. Februar 2020, um 18.00 Uhr im Veranstaltungs- und Konferenzzentrum "Der Kleine Prinz"** diskutieren.

PM vom 17.01.2020

LINKE fordert Investitionen statt Steuerdumping

Mit Unverständnis reagiert DIE LINKE auf den Vorstoß von Wirtschaft und Politik die Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet deutlich zu senken.

Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken, erklärt dazu: „Das Problem ist ja nicht, dass es keine Unternehmen gibt, die sich im Ruhrgebiet ansiedeln wollen, sondern dass wir die Nachfrage nach Gewerbe-, Industrie- und Büroflächen nicht im Ansatz bedienen können. Bevor hier einem ruinösen Steuerdumping Vorschub geleistet wird, wäre es viel wichtiger die belasteten Böden sowohl in öffentlicher als auch in privater Hand von Altlasten zu befreien. Hier müssen zum einen die Konzerne in die Verantwortung genommen werden und zum anderen muss sich das Land endlich bewegen und die finanziellen Mittel zur Sanierung und Revitalisierung von Industriebrachen massiv aufstocken.

Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur, gute Schulen, eine nachhaltige und klimagerechte Stadt, ein ausgebauter Nahverkehr sowie eine bürgernahe, finanziell und personell ausreichend ausgestattete Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren, um Einwohner und Unternehmen nach Duisburg zu locken. Bevor über eine Steueroase Ruhrgebiet nachgedacht wird, sollte zunächst einmal der Investitionsstau, der allein in Duisburg etwa 2 Milliarden Euro beträgt, angegangen werden. In der jetzigen Situation Steuersenkungen zu fordern, ist unverantwortlich.

Damit würde das Ruhrgebiet sich an einem Steuersenkungswettbewerb beteiligen, an deren Ende das Gewerbesteueraufkommen der Kommunen insgesamt sinken würde, was zu weiteren Leistungskürzungen und einem weiteren Verfall der Infrastruktur führen würde. Im Gegensatz dazu könnten die Unternehmen auf Kosten der Allgemeinheit ihre Gewinne weiter steigern. Die Unternehmen würden zwar die Vorteile der Infrastruktur nutzen, aber keinen angemessenen Beitrag zum Erhalt derselben leisten. Im Wettbewerb um die geringsten Steuersätze würde das hochverschuldete Ruhrgebiet gegenüber anderen Regionen wie bspw. den finanziell deutlich besser aufgestellten Städten der Rheinschiene das Nachsehen haben und weiter zurückfallen. Ziel muss deshalb eine Harmonisierung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer sein.“ Weiterhin fordert DIE LINKE seit Jahren, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefiskalsteuer auszubauen, die auch die freien Berufe und Selbstständigen mit einbezieht.

Die Kommunen im Ruhrgebiet brauchen des Weiteren einen Altschuldenfonds und eine Entlastung von den Sozialkosten. Darüber hinaus fordert DIE LINKE eine Erhöhung des kommunalen Steueranteils am Gesamtsteueraufkommen der öffentlichen Haushalte, um Handlungsspielräume für die Ansiedlung von Unternehmen zu erlangen und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

PM vom 22.01.2020

LINKE will sich in Mediation für Sozialwohnungen einsetzen

DIE LINKE spricht sich klar gegen einen übereilten, undurchdachten Beschluss des Bebauungsplanes aus und beantragt daher, gemeinsam mit der Fraktion der Grünen, die Durchführung einer Mediation.

Hierzu erklärt Mirze Edis, planungspolitischer Sprecher der Ratsfraktion DIE LINKE: „Wir haben als DIE LINKE das Projekt zwar immer wohlwollend, aber auch kritisch begleitet. Jetzt zeigt sich deutlich: Unsere Kritik war berechtigt. Unsere Hauptforderung nach mehr sozialem Wohnraum wurde komplett aus dem Bebauungsplan herausgenommen. Wir sehen das als

skandalös an und fordern ein Umdenken. In dem von uns beantragten Mediationsverfahren werden wir uns dafür stark machen, dass es einen Anteil von mindestens 20 – 30 Prozent an sozial gefördertem Wohnraum im Geltungsbereich des Bebauungsplans gibt. Die Stadt Duisburg hat durch die Fläche 6-Seen-Wedau die Möglichkeit durch zukunftsorientierte und sozial gerechte Stadtplanung endlich einmal bundesweit positive Schlagzeilen zu machen. Diese Chance wird aber verspielt, wenn wieder einmal nur ein neuer elitärer Stadtteil für Besserverdiener entsteht. Ein sozial nicht durchmischtes Wohngebiet, wie es schon am alten Angerbach umgesetzt wird, verschärft die soziale Spaltung der Stadt und verdrängt die alteingesessenen Einwohner im Duisburger Süden. Die Mietpreise im gesamten Duisburger Süden werden steigen und diejenigen, die es sich nicht mehr leisten können, sind gezwungen umzuziehen. Soziale Stadtplanung geht anders. Wieder einmal machen Stadtspitze sowie SPD und CDU nur Politik für ihre zahlungskräftige Klientel. Sie haben immer deutlich gemacht, dass ihnen die Einwohnergewinnung von gut verdienenden Menschen über alles geht. Der Rest bleibt auf der Strecke. Soziale Teilhabe, hohe Lebensqualität in allen Stadtteilen und gleichwertige Lebensverhältnisse scheinen zweitrangig zu sein.

Doch nicht nur die weggefallene Quote für Sozialwohnungen wollen wir im Mediationsverfahren nachverhandeln. Es bedarf auch deutlicher Nachbesserungen bei dem vorgelegten Verkehrskonzept, einer Abkehr von der geplanten Uferbebauung sowie einer Absicherung der Frischluftschneise Richtung Neudorf.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sollen diese und weitere Punkte in dem von uns beantragten Mediationsverfahren beraten werden. Ein Projekt dieser Größenordnung darf nicht im Schnelldurchgang, ohne ausreichend Zeit zur Beratung, verabschiedet werden.“

PM vom 28.01.2020



LINKE lädt ein zur Diskussion über den Nahverkehrsplan

Ende Oktober 2019 trat der neue Nahverkehrsplan in Duisburg in Kraft. Die Folgen sind vom ÖPNV abgeschnittene Stadtteile, weite Wege zu den Haltestellen, mehrfaches Umsteigen und lange Wartezeiten. Alltägliche Wege zu Schulen, Arbeitsplätzen und Ärzten sind umständlicher geworden oder komplett nicht mehr angebunden.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Seit drei Monaten hält der neue Nahverkehrsplan die Stadt in Atem. Ob Proteste vor dem Rathaus oder Menschenketten im Süden Duisburgs. Kaum ein Thema wird in der Stadt so kontrovers diskutiert und ruft so viel Kritik hervor, wie der neue Nahverkehrsplan.“

Wie sehen die Erfahrungen nun 100 Tage nach Einführung des neuen Nahverkehrsplanes aus? Wo gibt es Kritik? Wo muss nachgebessert werden? Und grundsätzlicher: Wie muss ein sozialer und nachhaltiger Nahverkehr für Duisburg überhaupt aussehen.

Diese und weitere Fragen werden wir mit Lothar Ebberts (Pressesprecher PRO BAHN NRW), Thomas Keuer (Geschäftsführer ver.di Duisburg/Niederrhein) und Herbert Fürmann (Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr) diskutieren.“

Die Veranstaltung findet statt am 03.02.2020 um 18 Uhr in der Black Box des Kleinen Prinzen, Schwanenstraße 5-7-, 47051 Duisburg.

PM vom 30.01.2020



Die kommunale Verkehrswende - Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität

Gesamtfraktionssitzung am 22.01.2020

Auf unserer Gesamtfraktionssitzung am 22.01.2020 durften wir Alina Ulrich vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie als Referentin begrüßen. Frau Ulrich hielt einen Vortrag zum Thema "Die kommunale Verkehrswende - Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität".

Alina Ulrich, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Mobilität und Verkehrspolitik, machte in ihrem Vortrag auf die Dringlichkeit der CO₂-Reduktion aufmerksam und wies dabei auf die Bedeutung einer Verkehrswende in den Kommunen hin.

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) müsse zugunsten von Rad, Bus & Bahn und Fußverkehr durch einen ganzheitlichen Strategieansatz eingeschränkt werden. Der MIV müsse unattraktiver ausgestaltet und gleichzeitig umweltfreundliche Verkehrsmittel erweitert werden.

Kopenhagen z.B. hat sich das Ziel gesetzt bis 2025 klimaneutral zu werden. Bis 2025 sollen in Kopenhagen 75% der Wege mit dem Umweltverbund (Rad, ÖPNV, zu Fuß) erfolgen. Wien und Zürich strebten sogar 80% bis 2025 an. In Duisburg dagegen werden nur 43% der Wege mit dem Umweltverbund zurückgelegt.

Wichtig sei eine neue, ganzheitliche Verkehrsplanung in den Städten. Die Kommunen müssten sich langfristige Ziele setzen und einen konkreten und regelmäßig zu überprüfenden Plan und Zeitrahmen erarbeiten. Anhand einer Reihe von Beispielen machte Frau Ulrich deutlich, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

Februar 2020

PM vom 11.02.2020



Nachhaltigkeit im Fokus des Deutschen Städtetags

Im Jahr 2020 wird sich der Deutsche Städtetag lt. Kocalar schwerpunktmäßig auf die großen Trends Nachhaltigkeit und Digitalisierung konzentrieren.

Bürgermeister Kocalar macht deutlich: „Im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit spielt eine klimaverträgliche Verkehrspolitik eine zentrale Rolle. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) muss zugunsten des Radverkehrs und eines attraktiven ÖPNV zurückgedrängt werden, um die notwendigen CO₂-Einsparungen zu erreichen. Hierzu fordert der Deutsche Städtetag dringend größere Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur.“ Die Frage der Nachhaltigkeit beziehe sich jedoch nicht nur auf Umweltpolitik und Klimaschutz. Ebenso müsse die soziale und die finanzielle Nachhaltigkeit verfolgt werden.

Soziale Nachhaltigkeit bedeute gute Lebensbedingungen und Perspektiven für alle Menschen zu schaffen als zentrales Ziel der Städte. Dazu gehörten gute Kinderbetreuung

und Ganztagsbetreuung für Schulkinder, aber auch die Entwicklung von sozialräumlichen Strukturen vor Ort, um die Lebensqualität im Alter und bei Pflegebedürftigkeit zu gewährleisten.

Zur finanziellen Nachhaltigkeit gehöre eine ausreichende Finanzausstattung durch die Einführung eines gesamtdeutschen Fördersystems, um strukturschwache Städte zu unterstützen. Weiterhin bekräftigt Kocalar, dass bei den Altschulden in diesem Jahr der Befreiungsschlag gelingen müsse. Bund, Länder und Kommunen müssten endlich gemeinsam eine Lösung für die 42 Milliarden Euro an kommunalen Kassenkrediten finden.

Kocalar macht deutlich: „Auf dem Deutschen Städtetag herrscht oftmals ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den kommunalen Mandatsträger*innen der dort vertretenden Parteien, wenn es beispielsweise um die Frage einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen, Entlastung bei den Sozialkosten, der Einhaltung des Konnexitätsprinzips oder der Notwendigkeit massiver Investitionen in die Infrastruktur geht.“ Gleichwohl wünscht sich Kocalar mehr Mut bei den lokal Verantwortlichen: „Die Herausforderungen sind riesig auf kommunaler Ebene. Wir brauchen dringend umfassende Maßnahmen für den Klimaschutz, finanzielle Mittel zur Gestaltung der Verkehrswende und der Digitalisierung, Maßnahmen gegen die zunehmende Ungleichheit zwischen den Stadtteilen sowie Kinder- und Altersarmut. Wir brauchen Investitionen ins Bildungssystem und in die marode Schulinfrastruktur. Die Lokalpolitiker sollten den Mut haben ihre berechtigten Anliegen auf Bundes-, Landes- und kommunale Ebene stärker zu artikulieren und ihre Rechte einzufordern. Ein Großteil der Politikverdrossenheit beruht eben auch darauf, dass Politiker und Oberbürgermeister in den Kommunen sich oftmals widerspruchlos den Zwängen anpassen.“

PM vom 12.02.2020



LINKE will Geschäftsführerbezüge begrenzen

Zur Ratssitzung am kommenden Montag wird DIE LINKE einen Antrag zur Begrenzung der Geschäftsführerbezüge einbringen. Hierzu erklärt Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Duisburg ist als Kommune nach wie vor überschuldet und hat aufgrund der systematischen Unterfinanzierung kaum finanzielle Handlungsspielräume. Dies führt u.a. dazu, dass kaum Personal in der Verwaltung zur Verfügung steht, die Infrastruktur marode ist, die Schulen in katastrophalem Zustand sind und neue nicht gebaut werden können, die Sportvereine kaum finanzielle Unterstützung finden, das Kulturangebot unterdurchschnittlich ist und im Sozialbereich immer mehr eingespart wird.

Ebenso prekär ist die Situation für die Menschen in Duisburg: Über 10 Prozent Arbeitslosigkeit, über 72.000 Duisburgerinnen und Duisburger sind überschuldet und der Niedriglohnsektor wird stetig größer.

Gleichzeitig gönnt sich die Stadt Duisburg den Luxus, den Geschäftsführern ihrer kommunalen Tochtergesellschaften horrenden Bezüge zu zahlen.

Bezüge von über 670.000 € bei der DVV oder knapp 600.000 € bei der Sparkasse klingen wie blanker Hohn für Menschen mit keinem, niedrigem oder einem durchschnittlichen Einkommen in Duisburg.

Noch abstruser wird es, wenn man sich die Steigerungen der Vergütungen im Vergleich zum Vorjahr anschaut: Steigerungen von deutlich über 20 Prozent innerhalb eines Jahres sind niemandem mehr zu vermitteln.

Tausende Arbeitsplätze im Stahlbereich sind gefährdet und einige wenige Geschäftsführer erhalten übermäßig hohe Bezüge. Diese astronomischen Gehälter müssen der Vergangenheit angehören. Es handelt sich um kommunale Unternehmen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind und entsprechend auch mit ihren Finanzen umgehen müssen.

Daher fordert DIE LINKE den Oberbürgermeister auf, ein Vergütungskonzept für die GeschäftsführerInnen der städtischen Beteiligungen zu erstellen, welches u.a. auf den folgenden Kriterien basiert:

Die Vergütungen sollen so ausgestaltet sein, dass sie der Tatsache Rechnung tragen, dass städtische Unternehmen dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Ähnlich hohe Bezüge wie in der Privatwirtschaft sind zu vermeiden, die prekäre Haushaltslage der Stadt Duisburg ist zu beachten und der große Abstand der Bezüge von MitarbeiterInnen mit dem niedrigsten Einkommen im Konzern und der Geschäftsführung ist zu reduzieren. Keine Geschäftsführervergütung darf zukünftig über dem Niveau der Vergütung des Oberbürgermeisters liegen.

PM vom 13.02.2020



LINKE übt scharfe Kritik an Nato-Manöver und fordert Transparenz

Bei der Linken stößt die Materialverlegung auf Duisburger Stadtgebiet zur Vorbereitung des Nato-Manövers, an dem über 37.000 Soldatinnen und Soldaten in Polen und dem Baltikum teilnehmen, auf scharfe Kritik.

Christian Patz, Kreissprecher der Linken, wird deutlich: „Das Manöver trägt zu keinerlei Entspannung bei und erinnert eher an den Zustand des kalten Krieges. Besonders schäbig ist, dass die Übung in die Zeit des 75. Jahrestages der Befreiung Nazideutschlands vom Faschismus fällt.“

Für die kommende Ratssitzung hat Die Linke eine Anfrage gestellt und erwartet Antworten darauf, inwieweit Duisburg logistisch beteiligt sein wird und welche Auswirkungen das auf die Stadt haben wird. Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linken, fügt hinzu: „Die Verlegung von militärischem Material in diesem Umfang kann massive Folgen für betroffene Städte, wie Duisburg haben. Dies kann von möglichen Umweltschäden bis zu Unfällen mit Gefahrgütern gehen. Es ist im Interesse der Duisburgerinnen und Duisburger, darüber informiert zu werden, inwieweit Duisburg durch diese Militärübung betroffen ist.“

Deutliche Kritik übt Die Linke auch an den Aussagen der SPD-Fraktion, die die Teilnahme an dem Manöver auch noch begrüßt. Patz dazu: „Duisburg ist eine weltoffene Stadt, in der Menschen aus allen Teilen der Welt friedlich zusammenleben. Das Defender Manöver ist ein beispielloser Akt der Aggressivität durch die Nato. Wir brauchen keine Militärmanöver, bei denen die Nato für den Krieg trainiert. Willi Brandt, der Vater der Ostpolitik würde sich im Grab umdrehen, wenn er wüsste, wie sich die SPD am Säbelrasseln beteiligt. Was wir jetzt brauchen ist Deeskalation, Diplomatie und einen neuen Anlauf für Abrüstung und Rüstungskontrolle.“

Die Linke kündigt an in den nächsten Wochen mit allen friedensbewegten Menschen in Duisburg ihren Protest deutlich zum Ausdruck zu bringen.

PM vom 26.02.2020

LINKE lädt ein zum Frühjahrsempfang

Die Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg lädt ein zum Frühjahrsempfang 2020. Traditionell wird DIE LINKE zu Beginn des Jahres mit den verschiedensten Akteuren, Vereinen und Verbänden ins Gespräch kommen und gemeinsame politische Aktivitäten ausloten.

Der Frühjahrsempfang findet am Freitag, den 06.03.2020, von 17:00 – 21:00 Uhr im „Der Kleine Prinz – Konferenz- und Beratungszentrum“, Schwanenstraße 5-7, 47051 Duisburg statt.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Auch in diesem Jahr freuen wir uns über hochkarätige Redner*innen, die Impulse für eine anregende Diskussion liefern werden. In diesem Jahr können wir direkt mit mehreren Highlights aufwarten. Wir dürfen uns über Redebeiträge von Dr. Dietmar Bartsch, dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Christian Leye, dem Landessprecher der Partei DIE LINKE.NRW, Rüdiger Wüllner von der GEW Duisburg und Markus Möller von der Elternschaft Duisburger Schulen, freuen. Musikalisch begleitet wird der Abend durch die Preisträgerin des Fakir Baykurt Kulturpreises 2018, Diana Amiryan.“

DIE LINKE bittet alle Interessenten sich verbindlich bis zum 02.03.2020 unter buero@linksfraktion-duisburg.de oder unter 0203 / 93 08 693 anzumelden.

PM vom 27.02.2020

LINKE übt Kritik an Blockadehaltung von CDU und FDP zur Altschuldenregelung

Auf Unverständnis stößt bei der Linken die Blockadehaltung von CDU und FDP eine Lösung für die Altschuldenproblematik zu finden.

Der Finanzminister Olaf Scholz will rund 2500 hoch verschuldete Kommunen entlasten, indem der Bund 50 % der Altschulden übernimmt. Die Kassenkredite betragen zurzeit etwa 40 Milliarden Euro. Allein Duisburg hat 1,3 Milliarden Euro an Liquiditätskrediten zu schultern. Um die Altschuldenhilfe verfassungskonform auszugestalten, soll es nach dem Willen von Scholz eine Art Ausnahmegenehmigung für die Schuldenbremse geben.

CDU und FDP lehnen eine Unterstützung des Bundes kategorisch ab. Der Haushälter Eckhardt Rehberg (CDU) kündigte bereits an, dass die Unionsfraktion einer Ausnahmegenehmigung nicht zustimmen werde und forderte Scholz auf, das Projekt schleunigst zu begraben.

Erkan Kocalar, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, meint dazu: „Die Schuldenbremse mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP in das Grundgesetz festzuschreiben war damals ein riesen Fehler, den DIE LINKE von Anfang an kritisiert hat. Die Kommunen brauchen eine angemessene Finanzausstattung, um die Herausforderungen, die durch den Klimawandel, die Digitalisierung und das jahrzehntelange Kaputtsparen der Infrastruktur entstanden sind, bewältigen zu können. Die Schuldenbremse wird mehr und mehr zur Zukunftsbremse und muss deshalb schnellstens abgeschafft werden. Städte wie Duisburg brauchen wieder dringend mehr Spielräume für Investitionen etwa in Schulen, Straßen, öffentliche Gebäude oder die Verkehrswende. CDU und FDP stehen nur noch für Stillstand und Erstarrung. In Bezug auf die Entschuldung des Haushalts hat die CDU in Duisburg nichts beizutragen. Eine nachhaltige Konsolidierung des Haushalts kann man nicht reduzieren auf die Forderung nach steuerzahlenden neuen Einwohnern. Von daher ist die

Politik der CDU in Duisburg ohne eine wirksame Altschuldenregelung und eine ausreichende Finanzausstattung durch den Bund völlig unglaubwürdig.“

Erkan Kocalar, Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetags erklärt darüber hinaus: „Mich wundert die Einstellung der CDU und FDP umso mehr, als das sich im Deutschen Städtetag alle Parteien darüber einig sind, dass die Altschuldenregelung kommen muss. Hier wissen CDU und FDP wohl nicht was sie wollen. Bei den Altschulden muss uns in diesem Jahr der Befreiungsschlag gelingen. Bund, Länder und Kommunen müssen endlich gemeinsam eine Lösung für die 40 Milliarden Euro an kommunalen Kassenkrediten finden.“

PM vom 28.02.2020



LINKE stellt personelle und organisatorische Vorbereitung auf mögliche Ausbreitung des Coronavirus in Frage

Der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn spricht davon, dass Deutschland vor einer Coronavirus Epidemie steht. Gleichzeitig sei allerdings kein Grund zur Panik angesagt, da die Gesundheitsämter und Kliniken gut vorbereitet seien. In diesem Zusammenhang stellt DIE LINKE eine Anfrage an den ASG-Ausschuss.

Hierzu erklärt Carmen Hornung-Jahn, gesundheitspolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Jegliche Art von Panikmache halten wir im Zusammenhang mit dem Corona-Virus für unangebracht allerdings stellen sich durchaus berechnete Fragen, die wir nun an die Verwaltung richten. Die Stadt Duisburg erklärt, dass im Falle eines Infektionsfalls zunächst der oder die Betroffene in einer Klinik zu isolieren sei und auf das Virus untersucht werden würde. Falls der Corona-Fall bestätigt wird, müsse das Gesundheitsamt enge Kontaktpersonen des oder der Betroffenen ermitteln und 14 Tage lang auf Krankheitszeichen hin überwachen. Aufgrund der aktuellen Daten aus China geht hervor, dass deutlich mehr Personen als bei einer „normalen“ Grippe stationär bzw. intensivmedizinisch betreut werden müssen. So müssen ca. 20 % aller Infizierten stationär und 5 % intensivmedizinisch betreut werden. Gleichzeitig ist der Großteil der Kliniken in Deutschland schon im Regelbetrieb überlastet. Wie in vielen Bereichen gibt es einen enormen Personalmangel. In vier von fünf Krankenhäusern werden keine Ärzte für offene Stellen gefunden und ca. 17.000 Vollzeitpflegestellen sind nicht besetzt. Darüber hinaus mussten in jedem dritten deutschen Krankenhaus im letzten Jahr Intensivbetten gesperrt und Fachbereiche von der Notversorgung abgemeldet werden. Und hier in Duisburg ist die Lage nochmals schlimmer als in vielen anderen Kommunen, da SPD, CDU, Grüne und FDP das städtische Krankenhaus privatisiert haben. Dadurch gibt es keinen direkten kommunalen Einfluss mehr auf die Krankenhäuser und der dramatische Personalnotstand ist noch eklatanter als in anderen Kommunen. Auch im Gesundheitsamt sieht die Personalsituation dramatisch aus. Wie dargestellt fiele dem Gesundheitsamt Duisburg eine entscheidende Rolle bei der Auseinandersetzung mit Corona-Fällen und dem Verhindern einer weiteren Ausbreitung zu. Ähnlich wie bei den Kliniken hat das Gesundheitsamt unter erheblichem Personalmangel zu leiden und ist nicht einmal mehr in der Lage die neue Masern-Impfpflicht durchzuführen und zu überwachen. Auch die zögerliche Art der Stadt Duisburg und die Nicht-Einberufung einer Krisenstabssitzung am Mittwoch führen dazu, dass DIE LINKE der Ansicht ist, dass die Stadt Duisburg und die Duisburger Kliniken personell und organisatorisch nicht ausreichend auf eine weitere mögliche Ausbreitung des Virus vorbereitet sind. Die Beantwortung der wichtigen Fragen erwarten wir bis zur Sitzung des Ausschusses am 9.3.2020.“

März 2020

PM vom 02.03.2020

Linke fordert Verkehrskonzept

DIE LINKE beantragt in der nächsten Ratssitzung die Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes. Mirze Edis, verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion, wird deutlich: „Staus, zunehmender LKW-Verkehr verbunden mit Lärm- und Schadstoffbelastungen, ein lausiger Nahverkehr – Jahr für Jahr steigt die Unzufriedenheit der Duisburgerinnen und Duisburger mit der Verkehrssituation in Duisburg. Wir brauchen jetzt die Verkehrswende. Wenn es um eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur geht, ist Duisburg weit abgehängt. Daher ist ein umfassendes Verkehrskonzept längst überfällig. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) muss zugunsten von Rad, Bus & Bahn und Fußverkehr durch einen ganzheitlichen Strategieansatz eingeschränkt werden. Der MIV muss reduziert und umweltfreundliche Verkehrsmittel erweitert und attraktiver werden. Andere vergleichbare Städte sind uns hier mittlerweile weit voraus. In Duisburg werden 57 % der Wege mit dem Auto zurückgelegt, 16 % mit Bus & Bahn, 11 % mit dem Fahrrad und 16 % zu Fuß. In anderen deutschen Städten wie Köln, Dortmund oder Leipzig liegt der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Regel bei nicht mehr als 40% und soll durch eigene Zielvorgaben bis 2030 weiter auf 25% bis 33% gesenkt werden. Um die Klimaziele zu erreichen, zu denen sich auch die Stadt Duisburg bekannt hat, muss die CO2-Reduktion endlich ernsthaft angegangen werden.“

DIE LINKE fordert daher in ihrem Antrag konkrete Zielvorgaben und einen Zeitplan zur Erhöhung der Nutzung des Umweltverbundes. Laut Antrag der LINKEN soll ein Konzept erarbeitet werden, um das Bus-, Schienen- und Radwegenetz auszubauen. Das ca. 15 Jahre alte, aber nie umgesetzte Veloroutenkonzept der Stadt sei zu überarbeiten und mit den aktuellen Stadtgrenzen überschreitenden Ansätzen des RVR zu ergänzen. Der Ausbau des RS 1 und der erforderlichen Zubringerstrecken sei zügig umzusetzen und durch weitere Radschnellverbindungen zu ergänzen, so die Forderung. Dazu müsse dem Fußverkehr mehr Raum eingeräumt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen bereits in einem sehr frühen Stadium der Planung mit einbezogen werden.

PM vom 10.03.2020

LINKE besorgt über mangelhafte Vorbereitung auf das Corona-Virus

DIE LINKE ist besorgt über die mangelhafte Vorbereitung der Stadt Duisburg auf die Auswirkungen des Corona-Virus.

Carmen Hornung-Jahn, gesundheitspolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE.Duisburg erklärt: „Wir haben für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am Montag, den 9.3.2020 eine ganze Reihe von Anfragen zur Vorbereitung auf das Corona-Virus gestellt und sind aufgrund der unbefriedigenden Antworten äußerst besorgt. Die Stadt Duisburg teilte in der Ausschusssitzung mit, dass gerade einmal 30 Betten zur Isolation in Duisburger Kliniken bereit stehen. Allerdings ist keines dieser Betten ein Intensivbett. D.h. eine Beatmung oder eine Intensivbehandlung ist in Duisburg nicht möglich. Schwer kranke Patienten müssten laut Stadtverwaltung im Notfall auf einem Trakt oder einem Flur, der abgesperrt werden müsste, isoliert werden. Das sind unhaltbare Zustände. Die Duisburger Kliniken sind also offensichtlich nur mangelhaft auf eine steigende Zahl an Covid-19 Erkrankten eingestellt. Die Verwaltung sieht dies anscheinend genauso, da sie auf Nachfrage unserer Fraktion, ob die Verwaltung der Meinung sei, dass diese Anzahl an Betten ausreichend sei, mit Nein antwortete. Über das vorhandene Personal in den Kliniken konnte

die Stadt gar keine Aussagen machen, da diese Informationen nicht zugänglich seien. Hier zeigt sich wieder einmal der Nachteil, wenn kein kommunales Klinikum mehr existiert. Die Einflussnahmemöglichkeit der Kommune ist dadurch komplett verloren.“

Nicht nur bei den Kliniken zeigen sich erhebliche Mängel, auch im Gesundheitsamt ist die Lage dramatisch.

Hierzu ergänzt Hornung-Jahn: „Von den insgesamt 111 Stellen im Gesundheitsamt sind momentan acht Stellen unbesetzt und sechs Stellen vakant. Dazuzurechnen sind noch drei Stellen, die zusätzlich nötig sind, um die Vorgaben der Masernimpfpflicht einzuhalten. Es fehlen also momentan 17 Stellen im Gesundheitsamt. Rechnet man noch die durchschnittlich 10 % Krankenstand in der Verwaltung hinzu, dann arbeitet das Gesundheitsamt nur noch mit ca. 76 % seiner Leistung. Das führt auch zu der skandalösen Situation, dass Telefonate, die eigentlich an das Gesundheitsamt gehen müssten, momentan von Call-Duisburg und somit medizinisch nicht geschultem Personal beantwortet werden. Zusätzlich hat die Verwaltung auf unsere Nachfrage, ob das Gesundheitsamt auf eine personalintensive Überwachung von Kontaktpersonen von potentiellen Corona-Virus-Infizierten personell vorbereitet sei, zugeben müssen, dass eine Überwachung nur in der sog. Phase 1 möglich ist. In den weiteren Phasen 2 und 3, also dem Schutz besonderer Risikogruppen und der Folgenminderung schwerer Krankheitsfälle sei das Gesundheitsamt zurzeit nicht dazu in der Lage. Auch die Antwort auf unsere Frage zu einem Aktionsplan im Falle einer weiteren Ausbreitung des Corona-Virus für Duisburg lässt tief blicken. Momentan gibt es nur einen alten Aktionsplan aus dem Jahr 2007, der 2009 überarbeitet wurde. Dieser Plan wird momentan, laut Verwaltung, wieder überarbeitet. All diese Zustände sind unhaltbar. Wir fordern die Stadt auf, als Sofortmaßnahme unmittelbar die Personallücke im Gesundheitsamt zu schließen und diesen Einstellungen höchste Priorität zuzuschreiben.“

PM vom 25.03.2020



LINKE kritisiert Politikstil von SPD und CDU

SPD und CDU bringen zur kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einen Antrag für ein Mobilitätskonzept ein. Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg: „Generell begrüßen wir, dass Vorschläge unserer Fraktion wie die Forderung für ein Konzept zur nachhaltigen Mobilität von SPD und CDU aufgegriffen werden. DIE LINKE hatte bereits am 27.02.2020 einen Antrag für ein Verkehrskonzept in Duisburg eingebracht. Diesen Antrag, der schon seit Wochen öffentlich vorgestellt wurde und der Lokalpresse bekannt war, haben sich SPD und CDU jetzt scheinbar als Vorlage für eine schlechte Kopie genommen. Dieser handwerklich und inhaltlich dürftige Antrag vermittelt allerdings eher den Eindruck, als ginge es nur darum den eigenen Stillstand zu kaschieren und oppositionelle Anträge zu verhindern. Der Antrag ist ein Offenbarungseid der Groko. Mutlos, kraftlos und ohne jede Ambition. Ein reiner Schaufensterantrag. Er dient in dieser Form eher dazu, die Verkehrswende zu verzögern und damit die dringend notwendigen Schritte hin zur Klimaneutralität im Verkehrssektor zu behindern.

Im Antrag von SPD und CDU werden keinerlei Forderungen über konkrete Zielvorgaben und einen Zeitplan zur Erhöhung der Nutzung von Bussen und Bahnen sowie Rad- und Fußwegen erhoben. Der Ausbau des Bus-, Schienen- und Radwegenetzes und die Be- und Überlastungen durch den LKW-Verkehr werden ebenso wenig thematisiert, wie die Forderungen nach Bürgerbeteiligung und einem qualitativ hochwertigen bezahlbaren oder gar kostenlosen ÖPNV.

Während unsere Fraktion explizit darauf bestanden hat, dass dieser Antrag sowohl von den wichtigen Fachausschüssen (Umwelt sowie Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr) als auch vom Rat, als dem obersten Entscheidungsgremium der Stadt, beraten wird, wollen SPD und CDU nun in einem Schnellverfahren, ohne Beteiligung der Fachpolitiker*innen, im

Haupt- und Finanzausschuss eine Entscheidung bei so einem wichtigen und weitreichenden Thema herbeiführen. Diese Vorgehensweise ist in höchstem Maße verantwortungslos. Sie ist ein Schlag ins Gesicht der BürgerInnen, die seit Monaten in den Stadtteilen demonstrieren und auf den völlig unzulänglichen Nahverkehrsplan (NVP) aufmerksam gemacht haben. Diese mangelnde Beteiligung zeigt sich auch an der Drucksache der Verwaltung zum NVP, die alle Neuerungen ohne eine weitere umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung durchsetzen wollen.

Hinzu kommt, dass die Verwaltung zudem erklärte: 'Aufgrund der gegenwärtigen Lage (Sars-CoV-2) lädt Herr Oberbürgermeister Link statt zur regulären Sitzung des Rates der Stadt zu einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses ein, um die aktuell dringlichsten Drucksachen zu beraten.' Alle anderen Drucksachen sollen zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden. Dies alles soll geschehen, um die Sitzung mit so wenigen Menschen wie möglich und in so kurzer Zeit wie möglich durchzuführen, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren.

DIE LINKE nimmt diese Vorsichtsmaßnahmen sehr ernst und hat den eigenen Antrag zum Verkehrskonzept daher zurückgestellt. Doch auch diese Regelung scheint für SPD und CDU nicht wichtig zu sein, solange sie sich mit diesem Thema öffentlichkeitswirksam profilieren können. Dieses Vorgehen lässt uns fassungslos zurück. SPD und CDU sollten ihren Politikstil ernsthaft hinterfragen!"

April 2020

PM vom 08.04.2020

LINKE fordert Rettungsschirm für Duisburg

DIE LINKE zeigt sich besorgt über das Ausmaß der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise und warnt vor den Auswirkungen auf die Kommunalfinzen in Duisburg. Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN, sagt dazu: „Wir stehen vor einer weltweiten Rezession, die auch für Duisburg verheerende Folgen haben wird. Kaum ein Bereich im Haushalt und kaum ein städtisches Unternehmen bleiben von der Corona-Krise verschont.

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden schon in diesem Jahr einbrechen, aber auch in den nächsten Jahren deutlich geringer ausfallen, da die Unternehmen Verluste aus 2020 mit Gewinnen zehn Jahre rückwirkend verrechnen können. Ebenso wird es Rückgänge bei der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer geben. Schon jetzt hat die Stadt massive Einnahmeausfälle bei den Bädern, Museen, Bibliotheken oder dem Theater zu verkraften. Städtische Unternehmen wie die Verkehrsbetriebe, die Stadtwerke oder der Zoo bekommen die Corona-Krise bereits hautnah zu spüren. Hinzu kommen deutliche Ausgabensteigerungen im Gesundheitsbereich und den Sozialkosten z.B. bei den Kosten der Unterkunft für weitere Bezieher von Arbeitslosengeld II.

Seriös kann jetzt noch niemand einschätzen, wie hoch die finanziellen Belastungen für Duisburg sein werden. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass sich die finanziellen Schäden für die Stadt in den kommenden Jahren auf einen niedrigen bis mittleren dreistelligen Millionenbetrag belaufen werden. Damit wird aber auch deutlich, dass die im Namen der Haushaltskonsolidierung seit Jahren umgesetzte rücksichtslose Spar- und Kürzungspolitik die Stadt im Endeffekt keinen Schritt nach vorn gebracht hat.

Mit 36 Millionen Euro hat die Stadt im vergangenen Jahr zwar zum fünften Mal infolge ein positives Jahresergebnis erzielt und konnte damit die Kassenkredite auf 1,2 Milliarden Euro senken. Diese Überschüsse der letzten Jahre wurden jedoch durch das Kaputtsparen der Infrastruktur teuer erkaufte und werden durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise zunichte gemacht. Was bleibt ist eine heruntergewirtschaftete Infrastruktur: marode öffentliche Gebäude, kaputte Straßen und Brücken, mittlerweile bald mehr Container als Schulen und ein desolater Nahverkehr. Die durchschnittliche Gesamtnutzungsdauer der Schulsporthallen in Duisburg beläuft sich auf gerade noch elf Jahre, obwohl sie laut der Gemeindeprüfungsanstalt NRW bei durchschnittlich 30 Jahren liegen sollte.

Jetzt rächt sich, dass es SPD und CDU auf Bundes- und Landesebene seit der Finanzkrise 2008 unterlassen haben eine nachhaltige Finanzpolitik und angemessene Finanzausstattung für die Kommunen auf den Weg zu bringen, damit diese für Krisenzeiten gerüstet sind. Während innerhalb weniger Tage ein billionenschweres Rettungspaket für die Wirtschaft geschnürt wurde, werden die Kommunen mal wieder allein gelassen und bleiben auf den Kosten sitzen.

Bund oder Land müssen sich jetzt bereit erklären, einen kommunalen Rettungsschirm aufzuspannen und die Corona bedingten Folgeschäden für die Kommunen zu übernehmen. Darüber hinaus bleibt die Forderung nach einem Altschuldenfonds aktueller denn je. Gleichwohl macht die jetzige Krise noch einmal deutlich, dass das Haushaltsrecht und die Finanzverfassung, also die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Länder und Gemeinden, neu ausgerichtet werden müssen.“

PM vom 09.04.2020

Corona-Krise gemeinsam bewältigen

In den vergangenen Tagen wandte sich das Duisburger Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC) an die Rheinische Post, nachdem die Zeitung über Verstöße gegen die städtischen Auflagen berichtete. In den Bildern zu den Berichten fanden sich sowohl im gedruckten Teil als auch in der digitalen Fotostrecke ausschließlich Bilder von Menschen mit Migrationshintergrund. ARIC hatte diese Darstellung und die Fokussierung auf eine Bevölkerungsgruppe kritisiert.

Dazu nimmt die Fraktionsvorsitzende der Linken, Martina Ammann-Hilberath, Stellung: „Wir sind ebenso wie ARIC der Auffassung, dass in der derzeitigen für alle Bürgerinnen und Bürger schwierigen Situation die bildliche Darstellung nur eines ausgewählten Teiles der Stadtgesellschaft in Duisburg weder ausgewogen ist noch zielführend sein kann. Die aktuelle Ausnahmesituation trifft alle DuisburgerInnen. Um diese Krise gesundheitlich und auch sozial bestmöglich zu überstehen, braucht es in den Stadtteilen und Wohnquartieren nachbarschaftliche Lösungen und ein solidarisches Miteinander.“

Der migrationspolitische Sprecher der Linksfraktion, Mirze Edis, stellt fest: „Sowohl die Stadt als auch die Bürgerinnen und Bürger sind zum ersten Mal mit einer solchen Ausnahmesituation konfrontiert. Für viele Menschen, die – unabhängig von ihrer Herkunft – mit geringem Einkommen in kleinen Wohnungen leben, ist es zurzeit äußerst schwierig ihren Alltag zu bewältigen. Eine Aufspaltung in einzelne Bevölkerungsgruppen bedient nur rassistische Vorurteile. Vielmehr unterstützen wir Maßnahmen, wie die Ausweitung von Information in mehreren Sprachen für die Duisburgerinnen und Duisburger durch die Stadt zur Eindämmung der Corona-Infektionen.“

PM vom 21.04.2020



LINKE: Mindestanforderungen zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs gewährleisten

Ab 23.04. werden auch in Duisburg die ersten Schülerinnen und Schüler wieder am Unterricht in den Schulen teilnehmen. DIE LINKE in Duisburg mahnt nun die Umsetzung und Einhaltung von Mindestanforderungen an, um den Schulbetrieb wieder aufnehmen zu können.

Hierzu erklärt die schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Barbara Laakmann: „Die von der Landesregierung verbreiteten Anweisungen zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs sind in sich widersprüchlich und ignorieren die Empfehlungen von Medizinern und Pädagogen. Sie stehen erkennbar unter dem Diktat der Terminvorgaben von Abiturprüfungen und zentralen Abschlussprüfungen. Eine ausreichende Vorbereitungszeit für die Schulen und die Schulträger ist nicht gegeben.“

Nach Meinung der LINKEN müssten die folgenden Anforderungen an den Schulträger vor dem Beginn des Unterrichts erfüllt werden.

- Schulweg

Busse und Bahnen müssen in ausreichendem Maße und Taktung die Schulkinder befördern; wenn es eine Art Schichtunterricht geben sollte, müssen zu diesen Anfangs- und Schlusszeiten Busse und Bahnen angeboten werden.

- Gebäude und Mobiliar

Container werden nicht benutzt, da sie nicht genügend Platz zur Abstandswahrung bieten. Klassenräume müssen belüftet werden können. Möbel werden umgestellt, um Gruppengrößen von maximal 15 zu garantieren.

- Hygienemaßnahmen

Es werden nur solche Räume zum Unterricht genutzt, die über Waschbecken, Handtuchspender und Flüssigseife verfügen. Es werden den Schulen Handschuhe und Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt, die diese dann je nach Gegebenheiten einsetzen.

Die Reinigung der Tische, Lichtschalter, Türklinken u.ä. geschieht mehrfach am Tag, hierfür ist durch ausreichend Reinigungspersonal zu sorgen.

Für die Lehrkräfte und anderen Beschäftigten werden Nasen-Mund-Schutzmasken zur Verfügung gestellt, die je nach Gegebenheiten benutzt werden.

- Umgang mit Sprachbarrieren

Das Kommunale Integrationszentrum (KI) erstellt in einfacher Sprache Flyer zu den besonderen schulischen Bedingungen in den häufig vorkommenden Herkunftssprachen. Darin werden die verschiedenen Maßnahmen erläutert, Begriffe wie „Vorerkrankungen“ und „Risikogruppen“ erklärt und Hinweise auf Beratungsstellen u.ä. gegeben.

DIE LINKE weist daraufhin, dass diese Aufzählung keine abschließende sei und deshalb in der momentanen Situation im Schulbereich wie in anderen von Tag zu Tag neue Erfahrungen verarbeitet werden müssten.

PM vom 21.04.2020



LINKE kritisiert Aussetzen des kommunalpolitischen Betriebs in Duisburg

Zu der Entscheidung des Oberbürgermeisters vor der Sommerpause nur noch einzelne Sitzungen weniger Fachausschüsse durchzuführen und keine Bezirksvertretungen oder die Ratssitzung mehr einzuberufen, nimmt die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg, Martina Ammann-Hilberath, Stellung:

„In den ersten Wochen des Lockdowns auf Grund der Coronakrise waren wir mit der vorübergehenden Einschränkung der politischen Gremienarbeit einverstanden, um die Ansteckungsrisiken zu minimieren. Doch mittlerweile haben nahezu alle Einzelhandelsgeschäfte und weitere Verkaufsstellen wieder geöffnet und auch der Schul- und Kitabetrieb wird wieder aufgenommen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht akzeptabel, dass die politischen Gremien dieser Stadt weiterhin nicht tagen sollen. Es kann nicht sein, dass die Menschen in großen Kundenströmen u.a. in Möbelhäusern einkaufen können, aber Fachausschüsse, die Bezirksvertretungen und der Rat der Stadt Duisburg nicht tagen dürfen. Dies ist nicht vermittelbar und verstößt gegen demokratische Grundsätze. Wir erwarten von Oberbürgermeister Link, dass es vor der Sommerpause noch einen kompletten Gremiendurchlauf mit Bezirksvertretungen, Fachausschüssen und der Ratssitzung geben muss. Dies muss natürlich unter allen gebotenen Hygiene- und Abstandsgeboten geschehen. Wenn es nicht anders möglich ist, dann muss die Mercatorhalle oder ein vergleichbar großer Tagungsort, der den Abstandsregelungen entspricht, vorbereitet werden.“

PM vom 30.04.2020



LINKE kritisiert Aussetzen des kommunalpolitischen Betriebs in Duisburg

Zu der Entscheidung des Oberbürgermeisters vor der Sommerpause nur noch einzelne Sitzungen weniger Fachausschüsse durchzuführen und keine Bezirksvertretungen oder die Ratssitzung mehr einzuberufen, nimmt die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg, Martina Ammann-Hilberath, Stellung:

„In den ersten Wochen des Lockdowns auf Grund der Coronakrise waren wir mit der vorübergehenden Einschränkung der politischen Gremienarbeit einverstanden, um die Ansteckungsrisiken zu minimieren. Doch mittlerweile haben nahezu alle Einzelhandelsgeschäfte und weitere Verkaufsstellen wieder geöffnet und auch der Schul- und Kitabetrieb wird wieder aufgenommen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht akzeptabel, dass die politischen Gremien dieser Stadt weiterhin nicht tagen sollen. Es kann nicht sein, dass die Menschen in großen Kundenströmen u.a. in Möbelhäusern einkaufen können, aber Fachausschüsse, die Bezirksvertretungen und der Rat der Stadt Duisburg nicht tagen dürfen. Dies ist nicht vermittelbar und verstößt gegen demokratische Grundsätze. Wir erwarten von Oberbürgermeister Link, dass es vor der Sommerpause noch einen kompletten Gremiendurchlauf mit Bezirksvertretungen, Fachausschüssen und der Ratssitzung geben muss. Dies muss natürlich unter allen gebotenen Hygiene- und Abstandsgeboten geschehen. Wenn es nicht anders möglich ist, dann muss die Mercatorhalle oder ein vergleichbar großer Tagungsort, der den Abstandsregelungen entspricht, vorbereitet werden.“

Mai 2020

PM vom 05.05.2020



Loveparade-Prozess-Ende ist ein Schlag ins Gesicht der Angehörigen

Zu der gestrigen Entscheidung des Landgerichts Duisburg den Loveparade-Prozess einzustellen, nimmt die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion der Linken Martina Ammann-Hilberath Stellung: "Die Entscheidung, den Prozess einzustellen, ist ein Schlag ins Gesicht der Angehörigen. Die juristische Bewertung muss akzeptiert werden. Aber das jahrelange Engagement der Eltern, Geschwister und Freunde der Opfer war aus ihrer Sicht erfolglos."

Die Linksfraktion hatte bereits 2010 kritisiert, dass Vertreter der damaligen Stadtspitze nicht weiter belangt wurden. Dazu Ammann-Hilberath: „DIE LINKE hat damals im Landtag den Weg für die Abwahl des Oberbürgermeisters Sauerland freigemacht. Trotzdem wäre aber natürlich auch eine juristische Aufklärung der Verantwortung des Oberbürgermeisters und einzelner Vertreter der Stadtspitze aus unserer Sicht notwendig gewesen. Die Beendigung des Prozesses ist für die Angehörigen eine weitere große Enttäuschung.“

PM vom 07.05.2020



LINKE rechnet mit 500 Millionen Euro Schaden für Duisburg durch Corona-Krise

Einbrechende Steuereinnahmen, massive Verluste bei städtischen Unternehmen wie den Verkehrsbetrieben oder dem Stadttheater, deutlich höhere Arbeitslosenzahlen mit stark steigenden Sozialkosten - die Corona-Krise wird auch in den Duisburger Haushalt riesige Löcher reißen.

DIE LINKE macht nun Druck und fordert von der Verwaltung belastbare Zahlen, um das ganze Ausmaß der Schäden beurteilen zu können. In einer Anfrage an die im Juni stattfindende Haupt- und Finanzausschusssitzung hat DIE LINKE hierzu einen umfangreichen Fragenkatalog erarbeitet.

Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion und Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages, erwartet Antworten aus der Kämmerei: „Die Lokalpolitik braucht jetzt schnellstens einen umfassenden Überblick über die finanziellen Auswirkungen für den kommunalen Duisburger Haushalt. Auch wenn die Folgen der Krise noch nicht in Gänze zu beziffern sind, sollten für viele Bereiche erste Einschätzungen möglich sein.“

DIE LINKE zeigt sich pessimistisch im Hinblick auf die kommenden Haushaltsjahre. Kocalar warnt: „Schon jetzt muss davon ausgegangen werden, dass die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Krise in den nächsten fünf Jahren mindestens 500 Millionen Euro betragen werden. Allein die äußerst konjunkturabhängigen Gewerbesteuererträge werden die kommenden Jahre massiv einbrechen, was auch daran liegt, dass Verluste mit den Gewinnen über Jahre verrechnet werden können. Aufgrund vieler weiterer Unsicherheiten könnten die Belastungen für den Haushalt jedoch auch noch deutlich höher ausfallen.“

Klar ist für Die LINKE allerdings bereits jetzt: Die Folgen für die sowieso schon sozial und finanziell gebeutelte Stadt sind katastrophal. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 geriet Duisburg in die Überschuldung und musste verpflichtend am Stärkungspakt teilnehmen. Die damit verbundene strikte Spar- und Kürzungspolitik führte, nach Ansicht der LINKEN, zu einem massiven Substanzverlust bei der städtischen Infrastruktur. Mit eindringlichen Worten warnt Kocalar dann auch vor einer Politik des „Weiter so“ in Duisburg: „Den Haushalt allein auf lokaler Ebene durch Sparen und Kürzen sanieren zu wollen, ist von Grund auf gescheitert. Wir können diese Stadt nicht weiter Kaputtsparen. Ohne massive Hilfe von Bund und Land fahren wir diese Stadt in den nächsten Jahren an die

Wand. Was wir jetzt als Sofortmaßnahme brauchen, ist ein Rettungsschirm für die Kommunen, einen Altschuldenfonds und die Übernahme der Sozialkosten durch den Bund. Es ist unerträglich, dass sich Bundes- und Landesregierung weigern einen wirksamen Schutzschirm für die Kommunen aufzuspannen, während steuerfinanzierte Milliardenprogramme für die Wirtschaft verabschiedet und mit der Autoindustrie über Kaufprämien verhandelt wird, obwohl diese weiterhin nicht bereit sind auf die Ausschüttung von Dividenden und Boni zu verzichten, als hätte es den flächendeckenden Betrug an Millionen von Autokäufern und dem Staat durch den Einbau verbotener Software nie gegeben.“

Der Deutsche Städtetag, vertreten durch Helmut Dedy, hat in einem Gespräch mit dem Vizekanzler Olaf Scholz schon auf die großen finanziellen Probleme der Kommunen hingewiesen und fordert ebenfalls dringend benötigte finanzielle Unterstützung ein.

PM vom 14.05.2020



LINKE kritisiert Blockadehaltung von SPD und CDU zu Betriebsprüfern

Die Stadt Duisburg macht im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes seit Ende 2012 von der Möglichkeit Gebrauch, an den Betriebsprüfungen der Finanzämter teilzunehmen. Entsprechend wurden damals zwei Betriebsprüfer eingestellt. Jedes Jahr wird das HSP-Ziel der Maßnahme, das sich auf 1,767 Millionen Euro beläuft, um ein Vielfaches übertroffen.

Im aktuellen Controllingbericht über den Umsetzungsstand des Haushaltssanierungsplans teilt die Verwaltung mit, dass die Stadt Duisburg im Jahr 2019 durch die Teilnahme zweier städtischer Mitarbeiter an den Betriebsprüfungen der Finanzämter Einnahmen von mehr als 7 Millionen Euro erzielt hat.

Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Duisburg, kritisiert: „Allein in den vergangenen fünf Jahren haben die beiden Betriebsprüfer der Stadt fast 40 Millionen Euro eingenommen. Es ist geradezu ein Skandal, dass eine so hoch verschuldete Stadt wie Duisburg sich Jahr für Jahr Millionen-Einnahmen entgehen lässt, weil SPD und CDU grundsätzlich jeglichen Vorstoß unserer Fraktion zur Einstellung weiterer Betriebsprüfer blockiert. Es ist ja nicht so, dass wir im Geld schwimmen würden. Im Gegenteil unsere soziale und technische Infrastruktur verfällt zusehends. Wir fordern daher die Einstellung von zumindest zwei weiteren Betriebsprüfern, um den Haushalt zu entlasten.“

PM vom 20.05.2020



LINKE warnt vor langfristigen Belastungen für Duisburg

Mit gemischten Gefühlen betrachtet DIE LINKE den Vorstoß des Bundesfinanzministers Scholz die Kommunen mit 57 Milliarden Euro entlasten zu wollen. Erkan Kocalar, Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages, erklärt: „Wir begrüßen den Vorstoß des Finanzministers einen Altschuldenfonds im Umfang von 45 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen. Allein Duisburg sitzt auf einem Berg von 1,2 Milliarden Euro an Kassenkrediten. Eine Übernahme der Schulden würde für Duisburg eine erhebliche Entlastung bedeuten. Allerdings müssen den wiederholten Ankündigungen auch irgendwann mal Taten folgen. Immerhin wurde den Kommunen bereits im Koalitionsvertrag vor mehr als zwei Jahren eine Entschuldung in Aussicht gestellt. Bisher ist jedoch nichts passiert. Besonders beschämend ist hierbei die Haltung der Union, die mit ihrer Blockadehaltung dazu beiträgt die verschuldeten Kommunen finanziell in den Abgrund zu treiben.“

Neben der Entschuldung durch die Übernahme der Kassenkredite durch Bund und Land schlägt Scholz in seinem zweiteiligen Konzept zudem einen Ausgleich durch Bund und Land für die entgangenen Steuerausfälle von annähernd 12 Milliarden Euro vor. Kocalar dazu: „Dieser Betrag deckt nicht einmal annähernd die finanziellen Schäden, die im Zuge der Corona-Krise für die kommunalen Haushalte entstehen. Laut Steuerschätzung belaufen sich die Steuerausfälle für die Kommunen bis 2024 auf 46 Milliarden Euro. Hinzu kommen auf Duisburg massive Einnahmeverluste bei den Kulturbetrieben und städtischen Unternehmen wie der DVG zu. Ausgabensteigerungen bei dem Gesundheitsamt und der Feuerwehr sowie steigende Aufwendungen bei den städtischen Schutz- und Hygienemaßnahmen werden den Haushalt längerfristig belasten. Darüber hinaus verringern sich die Zuweisungen des Landes in den nächsten Jahren und die Sozialkosten nehmen deutlich zu aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen. Mit dem von Finanzminister Scholz vorgeschlagenen Hilfsprogramm bleibt Duisburg wie auch die anderen Kommunen auf ca. 90 % der corona-bedingten Finanzschäden sitzen. Es ist zu befürchten, dass auf Duisburg weitere schmerzhaftes Einschnitte bei den sozialen Leistungen und den Investitionen zukommen werden. Eine Katastrophe für die Zukunftsfähigkeit Duisburgs, nachdem die öffentliche Infrastruktur bereits in den vergangenen Jahren kaputtgespart wurde.“

DIE LINKE fordert daher eine umfassende Übernahme der corona-bedingten Finanzschäden sowie eine angemessene Finanzausstattung Duisburgs. Erkan Kocalar dazu: „Die Belastungen des Duisburger Haushalts durch die Krise müssen vollständig vom Bund übernommen werden. Zusätzlich brauchen wir endlich eine Altschuldenregelung und die Einhaltung des Prinzips der Konnexität. Allein die Übernahme der Kosten für die Unterkunft (KdU) für Bezieher von ALG II durch den Bund würde die Stadt um über 110 Millionen Euro entlasten.“

PM vom 26.05.2020



LINKE: Bankrotterklärung der Duisburger Klimaschutzpolitik

Im Jahre 2017 wurde das Duisburger „Klimaschutzkonzept“ beschlossen. DIE LINKE zeigt sich empört angesichts der Antworten der Verwaltung auf die Anfragen im letzten Umweltausschuss zur Finanzierung und Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes.

Weder seien bisher Maßnahmen umgesetzt, noch würden ausreichende Finanzmittel für den Klimaschutz bereitgestellt, so DIE LINKE. Im November 2019 stellte die Fraktion der Linken die Frage, welche Finanzmittel aus Spenden, Zuschüssen von Bund und Land eingeworben bzw. in den städtischen Haushalt eingestellt worden seien. Ein halbes Jahr später antwortet die Verwaltung, dass im Doppelhaushaltsplan 2020/21 gerade einmal 238.500 Euro für das

Dr. Detlef Feldmann, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion, reagiert verwundert: „Bereits im Jahr 2017 wurde das Klimaschutzkonzept beschlossen und seither ist nichts passiert. Um die Klimaschutzziele überhaupt noch erreichen zu können, müssen so schnell wie möglich Treibhausgasemissionen deutlich gesenkt werden. Doch bisher ist nicht eine einzige Maßnahme aus dem Klimaschutzkonzept umgesetzt worden. Hinzu kommt, Klimaschutz kostet Geld. Klimapolitik gibt es nicht zum Nulltarif. Freiburg stellt mittlerweile sechs Millionen Euro für den Klimaschutz zur Verfügung – jedes Jahr. Duisburg dagegen stellt in fünf Jahren weniger als eine Viertelmillion Euro zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes bereit. Das ist eine einzige Bankrotterklärung der Klimaschutzpolitik in Duisburg. Wir müssen die Klimaziele offensiv und ambitioniert angehen, sonst werden wir krachend scheitern. Auch in Zeiten der Corona-Krise darf die drohende Klimakatastrophe nicht aus den Augen gelassen werden. Wenn die Corona-Krise eines gezeigt hat, dann ist es dieses: Nur rasches und entschiedenes Handeln kann eine Katastrophe abwenden.“

Trotz dieser desillusionierenden Antwort der Verwaltung wird DIE LINKE erneut eine Anfrage einbringen, die konkrete Umsetzungsmaßnahmen, deren gesicherte Finanzierung und zeitliche Planung einfordert.

PM vom 28.05.2020



LINKE empört über Umgang mit Kindern mit Behinderungen

Seit dem 25.05.2020 dürfen in NRW und somit auch in Duisburg die Förderschulen wieder öffnen. Der Umgang mit den Schüler*innen und insgesamt den Kindern mit Behinderungen während des Corona-Lockdowns war und ist allerdings ein Desaster.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg und Mitglied der Landschaftsversammlung beim LVR: „Kinder mit Behinderung und deren Familien sind in der Corona-Krise weitgehend allein gelassen worden. Die Schul- und auch Kitaschließungen während des Corona-Lockdowns waren und sind für alle Kinder und Familien extrem herausfordernd. Dies gilt umso mehr für Familien mit Kindern mit Behinderung. Wichtige Unterstützung und Therapieangebote sind an den Schul- bzw. Kitabesuch gekoppelt und sind während des Lockdowns teilweise komplett ausgefallen. Die Belastung für die Kinder und deren Angehörige ist nach wie vor sehr groß. Doch die Landesregierung zeigt einmal mehr, dass die Belange der Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen keine Priorität haben. Es gab während des gesamten Lockdowns so gut wie keine Unterstützungsmaßnahmen und die Kommunikation war katastrophal. Die spätere Öffnung der Förderschulen wurde seitens der Landesregierung damit begründet, dass die Schüler*innen nicht in der Lage seien Hygienemaßnahmen einzuhalten. Das ist eine unangemessene Unterstellung und schert alle Schüler*innen mit Behinderung über einen Kamm. Der Großteil der Schüler*innen ist sehr wohl in der Lage sich an Hygienemaßnahmen zu halten. Für diejenigen Schüler*innen denen es aus verschiedensten Gründen eventuell schwerer fällt, muss es individuelle Lösungen geben, bei denen die Landesregierung die Schulen unterstützen muss. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland vor über zehn Jahren ratifiziert hat, ist kein bloßer Handlungsvorschlag, sondern hat Gesetzesstatus. In der Konvention ist festgelegt, dass Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. In Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes wird außerdem festgelegt, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Genau diese Benachteiligung ist jedoch in der Corona-Krise wieder einmal deutlich sichtbar geworden. Schüler*innen von Förderschulen erhalten erst später wieder die Möglichkeit ihre Schule zu besuchen. Diese Schulbesuche sind darüber hinaus auch nur sehr begrenzt. Teilweise sind nur zwei Schulbesuche bis zu den Ferien vorgesehen. Dies ist nochmals weniger als an den Regelschulen. Insgesamt müssen wir leider feststellen, dass Familien mit Kindern mit Behinderung wieder einmal allein gelassen werden. Es gibt weder eine Perspektive zur regulären Wiederaufnahme des Unterrichts und aller damit einhergehenden Förder- und Unterstützungsmaßnahmen noch gibt es finanzielle oder sächliche Unterstützungsangebote. Die Landesregierung versagt hier auf ganzer Linie und lässt die Kinder und ihre Familien im Regen stehen.“

Juni 2020

PM vom 05.06.2020



LINKE kritisiert das Konjunkturpaket der Bundesregierung

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung stößt bei vielen Menschen auf Unverständnis und lässt auch Sozial- und Umweltexperten ratlos zurück. Insbesondere für überschuldete Kommunen wie Duisburg ist eine nachhaltige Finanzhilfe unerlässlich. Daher sieht die Bilanz aus Duisburger Sicht, trotz eines Lichtblickes, sehr düster aus.

Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion und Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages erklärt: „Das Potential eines guten Konjunkturpakets wurde leider nicht ansatzweise genutzt. Die Stoßrichtung der Maßnahmen zeigt ganz klar, wessen Interessen CDU und SPD vertreten. Die Förderung des sozial-ökologischen Umbaus wird nicht vorangetrieben. Der ÖPNV erhält mit nur 2,5 Mrd. Euro für die Kompensation von Einnahmeausfällen lächerlich wenig Geld, im Gegensatz zu den 50 Mrd. Euro, die in ein Zukunftspaket zur Förderung der Elektromobilität, also der Automobilindustrie, fließen. Gerade in Duisburg, wo der ÖPNV seit Jahren am Boden liegt und ein völlig unzureichender Nahverkehrsplan gilt, zeigt sich, dass dringend Investitionen nötig sind. Vor diesem Hintergrund ist das Konjunkturpaket ein Armutszeugnis. Wenn Familien pro Kind 300 Euro erhalten und der Kauf eines E-Autos mit 6000 Euro gefördert wird, ist das einfach nur ein Skandal. Ähnlich sieht es mit dem Pflegepersonal und den Menschen in Pflegeheimen aus. Es wurde viel geklatscht und versprochen. Am Ende des Tages gibt es aber keine bessere Bezahlung für das Pflegepersonal. Die Bewohner*innen der Pflegeeinrichtung, die so sehr unter der Situation gelitten haben, gehen ebenfalls leer aus.“

Nichtsdestotrotz gibt es auch eine positive Maßnahme in dem Konjunkturpaket. Die dauerhafte Übernahme von bis zu 75 Prozent der Kosten der Unterkunft für Transferleistungsempfänger durch den Bund entlastet die Kommunen tatsächlich spürbar.

Hierzu Kocalar: „Wir begrüßen es ausdrücklich, dass diese langjährige Forderung der LINKEN endlich zum Teil umgesetzt wird. Bei einer Übernahme von 100 Prozent, wie von uns gefordert, würde die Stadt jährlich mehr als 100 Mio. Euro einsparen. Aber auch bis zu 75 Prozent entlasten den Haushalt schon nachhaltig.“

Der größte Skandal für die Kommunen ist allerdings das Ausbleiben des Altschuldenfonds. Finanzminister Scholz verspricht den Kommunen seit Monaten eine Lösung für die Altschuldenproblematik und muss jetzt zurückrudern. CDU/CSU und SPD haben den Altschuldenfond begraben und lassen die Kommunen weiterhin im Stich, ohne Perspektive jemals aus der Schuldenfalle zu entkommen.“

PM vom 08.06.2020



LINKE befürwortet Erprobungsphase des soziokulturellen Zentrums

Am 11. April 2019 hat der Kulturausschuss die Verwaltung dazu beauftragt, mit der Erprobungsphase für ein soziokulturelles Zentrum zu beginnen. Nachdem nun das Konzept eines Initiativenkreises für ein soziokulturelles Zentrum im Stapeltor 6 vorliegt und seit Anfang Mai eine Baugenehmigung vorliegt, soll es für die nächste Rats- und Kulturausschusssitzung eine Tischvorlage seitens der Verwaltung geben, sodass mit dem Start der Erprobungsphase begonnen werden kann.

„Lange haben wir gewartet.“, sagt Barbara Laakmann, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion Duisburg. „Der Engagiertenkreis rund um das Stapeltor 6 hat sich trotz großer Schwierigkeiten nie entmutigen lassen. Oft gab es seitens der Verwaltung keine klaren Antworten auf die Frage, ob und wie es mit der Sache weitergeht. Nun sind wir zuversichtlich, dass am 15.06. endlich der Beginn der Erprobungsphase beschlossen werden kann.“

Die Errichtung eines soziokulturellen Zentrums ist in Duisburg lange überfällig. Dieses Zentrum würde erstens dazu beitragen, dass mehr kulturelle Teilhabe für alle Menschen, unabhängig von Alter, Herkunft und Geldbeutel ermöglicht wird. Zweitens werden kulturell, sozial oder politisch tätigen Vereinen, Gruppen und Initiativen Räumlichkeiten und technische Infrastruktur geboten. Als Raum für ungehinderten, unabhängigen, konstruktiven Dialog über Stadtpolitik hätte das Zentrum einen hohen gesellschaftlichen Wert für die Stadt.“

PM vom 12.06.2020



LINKE mit zahlreichen Initiativen für die kommende Ratssitzung

Nachdem seit März 2020 fast zwei komplette Gremiendurchläufe gestoppt wurden, tagt am kommenden Montag erneut der Rat der Stadt Duisburg. DIE LINKE wird initiativ und legt eine ganze Reihe an Anfragen und Anträgen vor.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg: „Weder in den Ausschüssen noch im Rat oder dem zwischenzeitlich tagenden Haupt- und Finanzausschuss war es in der letzten Zeit möglich eigene Initiativen einzubringen. Nun hat der Oberbürgermeister endlich wieder eine Ratssitzung einberufen und wir haben die Möglichkeit mit unseren Anträgen aktuelle Geschehnisse konstruktiv zu begleiten. Neben vielen Anfragen zur Obdachlosenhilfe, dem Digitalpakt für Schulen, Homeschooling, dem Gesundheitsamt sowie den Auswirkungen der Corona-Krise auf Prostituierte haben wir drei große Anträge eingereicht.

Zunächst fordern wir eine echte Zukunftsperspektive für den Schulunterricht nach den Sommerferien. Die Landesregierung lässt sowohl die Eltern als auch die Schüler*innen weiter im Regen stehen und es gibt keine klaren Ansagen zur Wiederaufnahme des Unterrichts nach den Sommerferien. Um die Situation vor Ort in Duisburg zu verbessern beantragen wir, dass zusätzliches Personal im Sinne von „multiprofessionellen Teams“ zur Gewährleistung eines vollen Regelunterrichts zur Verfügung gestellt wird. Das Personal soll insbesondere aus dem Kreis bildender Künstler*innen und Musiker*innen aus Duisburg bestehen, aber auch studentische Kräfte und Menschen mit pädagogischer Ausbildung oder handwerklichen Kenntnissen sollen gewonnen werden. Diese ca. 300 Unterstützungskräfte werden zusätzlich zum bestehenden Lehrpersonal zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise eingesetzt. Dies wird nachhaltig zur Gewährleistung eines vollen Regelunterrichts beitragen.

Außerdem setzen wir uns für die Menschen ein, die unter der Corona-Krise wirtschaftlich leiden und auf Transferleistungen angewiesen sind. Für die Anspruchsberechtigten von Transferleistungen beantragen wir die dauerhafte Anhebung der Mietobergrenzen bei den Kosten der Unterkunft (KdU) mindestens auf das Niveau der Bewilligungsmiete für die Belegung von öffentlich geförderten Wohnungen sowie die Übernahme aller Mietkosten, die die Mietobergrenzen bei den KdU überschreiten, bis mindestens zum 31.12.2020. Dadurch werden Zwangsumzüge vermieden und eine weitere Konzentration von Armuts-Hotspots kann verhindert werden.

Abschließend beantragen wir einen Austausch über Antirassismusprojekte im Rahmen der Städtepartnerschaften der Stadt Duisburg. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte ist es wichtiger denn je, dass wir uns mit unseren Städtepartner austauschen und gemeinsam von guten Initiativen lernen, um entschieden gegen jede Form des Rassismus vorzugehen.“

PM vom 19.06.2020



LINKE betroffen über Schließungen der Filialen bei Galeria Karstadt Kaufhof

Die Warenhauskette Galeria Karstadt Kaufhof wird voraussichtlich 62 seiner 172 Filialen schließen.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Die geplanten Schließungen werden aller Voraussicht nach ca. 7500 Teilzeitkräfte in ganz Deutschland betreffen. Das ist eine Schande und darf nicht einfach hingenommen

werden. Für Duisburg ist leider zu befürchten, dass die ehemalige Kaufhof Filiale an der Düsseldorfer Straße schließen wird. Für die Beschäftigten und die Stadt Duisburg als Ganzes wäre das eine Katastrophe. Die Beschäftigten haben über Jahre Verzicht geübt, um dem Unternehmen zu helfen und es am Leben zu halten. Trotz aller Bemühungen des Personals und dem enormen Einsatz, den sie über die Jahre geleistet haben, sollen sie nun trotzdem ihren Job verlieren. Gerade für eine Stadt wie Duisburg, die trotz aller falschen Behauptungen der Stadtspitze immer noch mit enormer Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, ist das eine Hiobsbotschaft. An der Stelle zeigt sich die Gnadenlosigkeit dieses Wirtschaftsmodells. Nicht die Corona-Krise ist Schuld an dem Scheitern, sondern jahrelanges Missmanagement sowie Fehlentscheidungen profitgieriger Eigentümer.

Doch nicht nur für die Beschäftigten ist die Situation dramatisch. Mit einem möglichen Wegfall der ehemaligen Kaufhof Filiale in der City an der Düsseldorfer Straße würde die Innenstadt weiter veröden. Die Düsseldorfer Straße ist schon jetzt durch den enormen Leerstand sehr unattraktiv. Eine weitere Schließung in dieser Größenordnung wäre nicht zu kompensieren und würde das sowieso schon arg ramponierte Bild der Duisburger Innenstadt weiter verschlechtern.

Es ist nun an der Zeit gemeinsam mit den Beschäftigten und der Gewerkschaft neue Einzelhandelskonzepte zu entwickeln, um so Arbeitsplätze zu sichern und den weiteren Verfall der Innenstadt zu verhindern.“

PM vom 25.06.2020

Schulministerin Gebauer soll einpacken

Die Ministerin schickt Sprechblasen in die Luft und denkt, damit sei es getan. Oder sie verschickt Emails, die am Freitagabend auf dem Rechner in der Schulleitung ankommen mit Anordnungen, die am Montag bereits greifen sollen.

Sie ordnet zunächst an, dass die Grundschulen den Betrieb in kleinen Gruppen aufnehmen sollen; zu dem Zeitpunkt, an dem die Grundschulen dieses in Organisation umgesetzt haben, wird angeordnet, jetzt wieder in ganzen Klassen ohne Abstand zu unterrichten. Für nicht ganz 10 Tage wohlgemerkt!

Seit dem Schulloekdown am 13.3. war es klar, dass es keine Abschlussfeiern und keine Abibälle geben kann. Jetzt sind Abibälle unter bestimmten Auflagen erlaubt. Zu dumm, dass die Abiturient*innen nicht von jetzt auf gleich Location, Musik, Getränke, Catering, Finanzierung usw. organisieren können.

Und dann wird vom Ministerium folgendes veröffentlicht:

„Wir werden alles dafür tun, dass unsere Kinder und Jugendlichen eine möglichst unbeschwerte Schulzeit erleben und beste Bildung erfahren. Mein Ziel als Schul- und Bildungsministerin war, ist und bleibt, nach den Sommerferien zu einem verantwortungsvollen Regelbetrieb an allen Schulen und für alle Schülerinnen und Schüler überzugehen, sofern die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens dies zulässt. Zugleich treffen wir alle organisatorischen und pädagogischen Vorkehrungen dafür, dass die Schulen möglichst regulär arbeiten und Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler nötigenfalls auch aus der Distanz unterrichten können.“

Hierzu fragt sich Barbara Laakmann, schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion:

„Wo sollen denn bitteschön die Lehrkräfte herkommen? Im März 2019 beschloss der Rat der Stadt ein Schreiben an die Ministerin mit einer Reihe von Vorschlägen, um dem eklatanten

Lehrkräftemangel kurz- und mittelfristig entgegenzuwirken. Die Antwort der Ministerin war wortreich – es hatte immerhin 2 Monate gedauert, bis sie erfolgte - aber inhaltsleer:

Verweis auf Gesetzeslage, Furcht vor Abwanderung der Studierenden in andere Tätigkeitsfelder, Verweis auf Zahlen auf Landesebene, Vertröstung. Sie versichert, dass sie die Situation in Duisburg und die beschlossenen Maßnahmen der Kommune ‚zur Kenntnis genommen‘ hat.

Gut zu wissen, hilft aber keinem wirklich weiter.

Im Schulausschuss und auch im Rat war der Ärger groß. Überwiegend interpretierten die Kommunalpolitiker*innen das Schreiben so, dass es der Ministerin offenbar an dem ernsthaften Willen zur Hilfe für die gebeutelte Kommune mangelt. Sie geht also zur Tagesordnung über und die Kinder und Eltern in Duisburg müssen irgendwie klarkommen. Warum soll sie jetzt in der Pandemie mehr Überlegungen darauf verwenden?“

Weiterhin heißt es aus dem Ministerium:

„Zur Sicherstellung des Regelbetriebes zum Schuljahresbeginn 2020/21 werden zudem umfangreiche dienstrechtliche und schulorganisatorische Maßnahmen geprüft und in die Wege geleitet. Dazu gehören unter anderem weitergehende Möglichkeiten für die Schulen – abhängig von den jeweiligen konkreten Erfordernissen vor Ort – Lehrkräftebedarfe befristet auszuschreiben.“

Hierzu Laakmann: „Der Lehrkräftemangel ist nicht kleiner geworden. Es ist davon auszugehen, dass die Pandemie und die Begleiterscheinungen eher die Zahl der dienstunfähigen Lehrkräfte vergrößert hat.“

Ebenso kurzfristig kam die folgende Ansage der Ministerin mit den Maßnahmen in den Ferien:

„Die Ferienprogramme wurden in der vergangenen Woche mit den Eltern, den freien Trägern, den Schulträgern sowie den Verbänden und Gewerkschaften beraten und sind in der Ausgestaltung auch ein konkretes Ergebnis dieser Gespräche. Ich freue mich und bin dankbar, dass wir nun einer größtmöglichen Vielzahl von Schülerinnen und Schülern ein solches Angebot im Sommer unterbreiten können“.

Dazu Laakmann: „75 Millionen Euro sind dafür bereit gestellt. Die wollen erst mal ausgegeben werden, wenn die Ferien nächste Woche bereits beginnen und die Kinder, die davon profitieren sollen, vorwiegend über die Schulen erreicht werden können. Die Kommune springt im Dreieck und die Träger aktivieren ihre Beschäftigten, die den längst verdienten Urlaub nehmen wollten.“

Diese Ministerin hat bewiesen, dass sie es nicht schafft. Die Pandemie ist ein schwieriges Umfeld, keine Frage. Aber eine Schulministerin muss alles tun, um die Beschäftigten in der Schule zu stützen. Wenn die es nicht mehr packen, können alle einpacken. Zunächst einmal sollte aber die Ministerin selbst einpacken. Ein Parteibuch alleine reicht eben nicht als Qualifikation. Sachverstand, Empathie, die Bereitschaft zum Zuhören und ein Rückgrat sind unerlässlich.“